

Die BStU

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und ihre bürgerschaftlichen Wurzeln

Vor nicht langer Zeit gedachten wir des Kriegsendes vor 60 Jahren. Erinnerung und Aufarbeitung sind eine wichtige Grundlage, um Gegenwart zu verstehen und Zukunft zu gestalten sowie antidemokratischen Strömungen entgegenzuwirken, auch wenn der Umgang mit der Vergangenheit häufig mit Schmerzen verbunden ist. Dies gilt auch für die SED-Diktatur in der ehemaligen DDR, die am 3. Oktober 1990 ihr Ende fand.

Die DDR entstand in der sowjetischen Besatzungszone 1949. Es war politischer Wille in der damaligen UdSSR, diesen neuen deutschen Staat analog der eigenen Strukturen zu gestalten. Die Schaffung der DDR war vor allem strategisch von herausragender Bedeutung, da man unmittelbar die Grenzen des westlichen Bündnisses berührte. Faktisch war damit verbunden, dass der Gedanke einer Wiedervereinigung von der DDR-Regierung verhindert wurde. Das der Mehrheit der Bevölkerung aufgezwungene sozialistische Gesellschaftssystem führte zu politischen und wirtschaftlichen Problemen. Die Führungsebene, d. h. die SED, konnte ihre Herrschaft nur mit Repressionen und Repressalien durchsetzen und halten. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 und die Festigung der Grenzanlagen zur Bundesrepublik Deutschland waren deutliche Zeichen dieser Repression

und verhinderten das Abwandern wesentlicher gesellschaftlicher Schichten (Forschung, Medizin und andere Wissenschaften).

Die Menschen ihrerseits suchten nach Lösungen für die Situation. Diese konnten in der Flucht aus dem Lande, wobei sich diese Möglichkeiten nach 1961 wesentlich verschlechterten, in innerer und offener Opposition und in Resignation bestehen.

Die SED schuf und nutzte ihr Instrument „Geheimdienst“ vor allem zu dem perfiden Zweck der Kontrolle des eigenen Volkes. Das erklärt auch die besonders starke Ausprägung des Sicherheitsdienstes, der seine Methoden immer wieder wechselte – anfangs eher körperlich brutal, später zunehmend ausgefeilter, indem sogenannte Zersetzungsmethoden angewandt wurden. Auch die Personalstärke von über 90 000 hauptamtlichen Mitarbeitern und der Einsatz von 174 000 Inoffiziellen Mitarbeitern bei einer Einwohnerzahl von ca. 17 Millionen Menschen im Jahr 1989 sprechen eine deutliche Sprache. Es waren die krakenhafte Struktur und die immense Größe dieses Geheimdienstes, die eine Durchleuchtung aller Bevölkerungsgruppen der DDR ermöglichten. Somit schuf er sich den Ruf der ständigen Anwesenheit, der latenten Bedrohung, was auch tatsächlich häufig so war. Dies erklärt auch die stärkere Wahrnehmung des Staatssicherheitsdienstes in der DDR als in einigen anderen Ostblockländern.

Als die Menschen im Dezember 1989 bemerkten, dass die Stasi begann, Unterlagen zu vernichten, stürmten sie die Liegenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und besetzten dessen Dienststellen. Spontan fanden sich Bürgerkomitees, die mit Regierungsbeauftragten, Staatsanwälten und Polizisten Sicherheitspartnerschaften zur Sicherstellung der MfS-Unterlagen bildeten. Aber die gesamte DDR-Herrschaft war ein Konstrukt auf tönernen Füßen. Mit dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion waren die DDR-Regierenden und ihre Herrschaftsinstrumente weitestgehend machtlos. Was noch am 17. Juni 1953 blutig niedergeschlagen wurde, verlief im Herbst 1989 erstaunlicherweise friedlich. Dies lag einerseits an der fehlenden Hilfe durch die UdSSR, andererseits am starken Wunsch der Menschen auf Veränderung, was auch der SED-Führung nicht entgehen konnte. Politische Risse verliefen durch ganze Familien. Im Sommer 1989 packte vor allem die Jugend ihre Rucksäcke, getragen vom Willen, die Freiheit zu erlangen. Sie fuhren nach Ungarn, Prag oder Warschau und suchten die Lösung in der Flucht. Es gab jedoch auch

viele, die dachten, man müsse bleiben, um zu verändern, um zu einer anderen, besseren DDR zu kommen.

Auf Montags-Demonstrationen in Leipzig erklang der Ruf „Wir sind das Volk“ – dieser Satz, diese Losung, erhielt politische Dimension. Die Opposition, die sich vor allem in kirchlichen Kreisen entwickelt hatte, gab Raum und Rahmen für die Proteste. Eine in der ganzen DDR organisierte Oppositionsbewegung gab es nicht, da die Zukunftsvorstellungen zu verschieden waren.

Auf den Demonstrationen wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk“: „Wir sind ein Volk“.

Politische Ziele, die zu erkämpfen waren, wie Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Menschenrechte, sahen sehr viele in dem anderen Teil Deutschlands verwirklicht. So erklärt sich der Wunsch nach schneller Wiedervereinigung. Ein Ruf der Revolution war auch, jedem Menschen Zugang zu Unterlagen, die von der Stasi zu seiner Person angelegt waren, zu gewähren.

Bis zu seiner Auflösung nach den Wahlen im März 1990 befasste sich der „Zentrale Runde Tisch“ mit dem Zerschlagen des Staatssicherheitsdienstes. Hierzu schuf er sich mit der „Arbeitsgruppe Sicherheit“ ein eigenes Kontrollorgan, unterstützte die Bürgerkomitees und arbeitete mit den Regierungsbeauftragten und dem vom Ministerrat eingesetzten „Staatlichen Komitee“ zusammen.

Die erste frei gewählte Volkskammer der noch bis zum 3. Oktober 1990 existierenden DDR erließ am 24. 8. 1990 ein Gesetz zur Nutzung der Stasi-Überlieferung, das allerdings zunächst nicht in den Einigungsvertrag übernommen wurde.

Die Regierungskommission der ehemaligen DDR, die am 20. 9. 1990 ihre Tätigkeit beendete und aus ihrer Sicht die Übernahme des Gesetzes vom 24. 8. 1990 ausdrücklich bekräftigte, wandte sich an die Öffentlichkeit:

„Die Hauptfrage war von vornherein: Vernichten oder Aufbewahren. Die Akten, etwa sechs Millionen insgesamt, waren eine Dokumentation menschlicher Selbsterniedrigung: hier bespitzelte der Nachbar den Nachbarn, der Bruder den Bruder, der Sohn den Vater, die eigene Frau ihren Mann, und all das war säuberlich niedergeschrieben und abgeheftet und stand in kilometerlangen Reihen in den festungsartigen Bauten der Staatssicherheit in allen größeren Städten der DDR und besonders in Berlin. Das Zeug dem

Reißwolf zu übergeben, wäre eine seelische Erleichterung gewesen, nicht nur für Mitglieder der Kommission: *tabula rasa* und Neuanfang und fertig. Aber was da lag, zunächst schlecht bewacht und dem Zugriff jedes x-beliebigen preisgegeben, war nicht nur diese Art von Dynamit: es war auch historisches Material. Kaum je in der Geschichte eines Landes ist eine Periode so ausführlich und gründlich dokumentiert worden wie diese vierzig Jahre DDR durch ihre Geheimpolizei. Kein Winkel des menschlichen Lebens, der da nicht durchstößt, kein Aspekt menschlicher Gedanken, der da nicht durchleuchtet worden wäre. Das alles zu zerstören, hätte die Vernichtung von Unersetzlichem bedeutet, die Enkel hätten es uns nie verziehen.

Außerdem befanden sich in manchen dieser Akten die Beweise für die absolute Ehrenhaftigkeit zahlloser Bürger, die durch die Machenschaften der Stasi unschuldig ins Gefängnis gekommen oder des Landes verwiesen wurden und Verluste an Stellung und Eigentum und andere Unbill erlitten hatten. Diese hatten ein Anrecht auf Entschädigung und Rehabilitierung, und hier war das Material, auf dem ihre Ansprüche basieren konnten.“¹

In den letzten Wochen vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden intensivste Auseinandersetzungen um das weitere Verfahren mit den Staatssicherheitsunterlagen in der Volkskammer der DDR geführt. Der Wille der Mehrheit der Ostdeutschen zum Umgang mit den Stasi-Materialien war bereits in den Demonstrationen 1989 deutlich geworden, in den Einigungsvertrag hatte dieser Wille jedoch zunächst keinen Eingang gefunden, da die Verhandlungspartner für einen restriktiven Umgang mit den Akten waren. Vorgesehen war die Verfügungsgewalt des Bundesarchivs unter Aufsicht des Bundesdatenschutzbeauftragten, zentralisiert in Berlin. Die Öffentlichkeit missverstand dies als eine Verbringung der Unterlagen nach Koblenz, was zu Forderungen der Volkskammer führte, den Einigungsvertrag an diesem Punkt zu ergänzen.

Daraufhin wurde ein Sonderbeauftragter berufen und in den Einigungsvertrag eine knappe vorläufige gesetzliche Regelung aufgenommen, die der Bevölkerung nicht weit genug ging.

1 Siehe: David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 279 ff.

Erst nach einer symbolischen Besetzung des MfS-Gebäudes durch Mitglieder der Bürgerbewegung im September 1990 wurde eine Zusatzregelung vereinbart, die die Grundzüge des Gesetzes vom 24. 8. enthielt, d. h. die Akten zu nutzen für Überprüfungsverfahren im öffentlichen Dienst, für Rehabilitierungen ehemaliger politischer Häftlinge und, in eingeschränktem Maße, auch für Akteneinsichten. Vielen Bürgern der DDR war es wichtig, die Kontrolle über die Akten und das weitere Verfahren zu behalten. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), das am 1. 1. 1992 in Kraft trat, ist also Ergebnis der Bemühungen verschiedener gesellschaftlich aktiver Kräfte der Jahre 1989/1990. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten der Bürgerrechtler, in der Sache nicht aufgegeben und sich durchgesetzt zu haben, sodass es heute jedem Bürger möglich ist, Aufzeichnungen des MfS zu seiner Person einsehen zu können.

Das Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit Bildung der Behörde der Bundesbeauftragten legte die Entstehung einer neuen Archiveinrichtung in der Bundesrepublik fest. Es war und bleibt eine politische Entscheidung, in welcher Form die Unterlagen des Geheimdienstes der untergegangenen DDR zu verwahren, zu erschließen und zu nutzen sind. Die Stasi-Archive bewahren ca. 180 km Unterlagen, die Verwendungszwecke sind vielfältig. In den neunziger Jahren spielten vor allem Strafverfolgung, Rehabilitierungen und Akteneinsichten von Betroffenen eine besonders große Rolle. Strafverfahren im Bereich der Delikte gegen Menschen (Tötungsdelikte wie Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge), Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Rechtsbeugung, Spionage sowie Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses waren auf der Grundlage der MfS-Unterlagen möglich.

Eine enge Zusammenarbeit der BStU mit den Strafverfolgungsbehörden, vor allem mit der eigens eingerichteten „Staatsanwaltschaft II“ in Berlin und der „Zentralen Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität der Polizei“ brachte gute und insbesondere schnelle Ergebnisse. Bis heute sind an die BStU über 6,4 Millionen Anträge zur Nutzung gestellt worden, 1,7 Millionen allein von Bürgern zur Akteneinsicht. Jährlich werden durchschnittlich über 1000 thematische Rechercheanträge von Medien und Forschern gestellt. Rehabilitierungen und Akteneinsichten gaben und geben vielen Menschen ihre Würde zurück. Vor allem dieser Umstand ist es wert, die Akten zur Verfügung zu stellen, sie zu öffnen und auch wissenschaftlich auszuwerten.



Im Archiv der BStU

© BStU

Einige Zahlen zur Überlieferung und Erschließung in den Archiven des MfS: Die Gesamtüberlieferung gliedert sich in das Archiv der Zentralstelle und in 14 Archive der Außenstellen mit ca. 180 Kilometer Schriftgut, über 41 Millionen personenbezogene MfS-Karteikarten sind zugriffsfähig, darüber hinaus sind ca. 1 Million Fotodokumente, ca. 90 000 Filme, Videos und Tondokumente sowie ca. 18 700 elektronische Datenträger allein im Archiv der Zentralstelle überliefert.

Für die Archivare stand zunächst im Vordergrund, sich möglichst schnell einen Überblick über Größenordnung, Vielfalt der Unterlagen, Zuordnungen, Ablagekriterien in den MfS-Archiven etc. zu verschaffen. Die archivfachliche Auseinandersetzung mit diesen Materialien ist wichtig, weil die Ablagesystematik des MfS-Archivs ausschließlich von Kriterien des Staatssicherheitsdienstes geprägt ist und der Umgang mit einer solchen Ablageordnung an keiner Archivfachhochschule gelehrt wird.

Bereits ab Frühjahr 1991 wurde ein Sofortprogramm zur Sichtung der vom MfS zerrissenen Unterlagen durchgeführt. Diese Unterlagen befanden sich in Säcken und beliefen sich auf ca. 25 000 laufende Meter, die von den Mitarbeitern der Stasi vernichtet werden sollten. Da die Reißwölfe allein nicht ausreichten oder versagten, hatten sie Unterlagen per Hand zerrissen. Bis heute hat eine kleine Projektgruppe 567 000 Blatt dieser zerrissenen Unterlagen manuell rekonstruiert. Derzeit ist der Einsatz eines technischen Verfahrens zur Beschleunigung dieser Arbeiten im Gespräch. In den ersten Jahren sind vorrangig personenbezogene Unterlagen geordnet und erschlossen worden. Die Notwendigkeit von Zuständigkeiten unterschiedlicher Organisationseinheiten für die verschiedenen Aufgabenstellungen innerhalb der BStU entwickelte sich bereits 1991.

Es war schnell erkennbar, dass für die Ordnung und Verzeichnung der 180 km Unterlagen und der speziellen Informationsträger eine große Anzahl von Mitarbeitern mit verschiedensten Kenntnissen erforderlich sein würde. Für die Archive bedeutete das, Mitarbeiter mit hinreichender Erfahrung zu gewinnen, verbunden mit hoher Motivation, sich diesem speziellen Material zuzuwenden. Bis Mitte 1992 wuchs die Behörde auf über 3000 Mitarbeiter (Zentrale und Außenstellen zusammengenommen) an, heute sind es 2200. Es entstanden vier Fachabteilungen: 1. die Abteilung Archivbestände (mit heute ca. 300 Mitarbeitern), 2. die Abteilung Auskunft (mit ca. knapp 500 Mitarbeitern) für die verschiedensten Nutzungsanträge und 3. eine Forschungsabteilung zur Erforschung der Struktur und Wirkungsweise des MfS. Dazu kommt 4. die zentrale Verwaltung der Behörde. Die Strukturen haben sich bis heute bewährt, werden allerdings den Erfordernissen ständig angepasst.

Die Inhalte der Akten beschreiben in der Hauptsache wichtige Ebenen und Formen des Lebens in der DDR. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Lebenssachverhalte überwiegend rechtsstaatswidrig erlangt wurden, wobei der Geheimdienst ständig auch gegen in der DDR existierende Strafrechtsnormen verstoßen hat. So wurde das Post- und Fernmeldegeheimnis verletzt, wurden Informationen durch Drohungen und Täuschungen gewonnen. Zu diesen rechtswidrigen Sachverhalten gehören auch u. a. Fälle der Zwangsadoption und der Vermögensenteignung. Stößt man bei der Recherche auf derart sensible Erkenntnisse, die in den Bereich des stark geschützten Rechtsguts der informationellen Selbstbestimmung

fallen, so gibt das StUG Vorgaben her, die eine missbräuchliche Nutzung gegen den Willen der Betroffenen verhindern.

Mit der letzten Novellierung des StUG nach dem Rechtsstreit des Altkanzlers Kohl gegen die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Medieneinsichten zu Unterlagen von Personen der Zeitgeschichte fand nochmals eine Güterabwägung zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung statt. Nach wie vor gehen zahlreiche Anträge auf Akteneinsicht, ca. 7000–8000 monatlich, bei der Behörde ein. Erfahrungsgemäß kommen erst heute viele Bürger dazu, sich den zu ihrer Person gesammelten Unterlagen zuzuwenden, da sie fürchten müssen, dass es auch in ihrem engsten Umfeld Zuträger gegeben haben kann.

In den letzten Jahren hat sich eine Art „DDR-Nostalgie“ entwickelt, begründet durch eine damals vermeintlich niedrige Kriminalität, billige Mieten, Kindergartenplätze für alle und eine nicht vorhandene Arbeitslosigkeit. Doch die Stasi-Akten legen Zeugnis ab von einer anderen DDR, wie die folgenden zwei Beispiele zeigen. Im Jahr 1954 wurde operativ durch die Spionageabwehr des MfS gegen den Rundfunksender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und seine Informanten in der DDR vorgegangen. Vier DDR-Bürger sind in Folge als Helfer des RIAS identifiziert und verhaftet worden. Dazu kamen weitere Verhaftungen im Jahr 1955. In einem Schauprozess vor dem Obersten Gericht der DDR im Juni 1955 wurden schließlich fünf Hauptbeschuldigte ausgewählt – darunter der 27-jährige Dekorateur im VEB Deutsche Werbe- und Anzeigesellschaft Berlin, Joachim Wiebach.

Wiebach wurde wegen Verrats angeklagt. Von Beginn an hatte der Prozess propagandistische Zwecke. Nach Einschätzung der SED-Zeitung *Das Neue Deutschland* sollte aus diesem Prozess die Lehre gezogen werden, die „Hetzsendungen des RIAS zu verabscheuen“. Anders als in einem Rechtsstaat mit klarer Gewaltenteilung wurde hier von einem Abteilungsleiter des ZK (Zentralkomitee) der SED noch vor Urteilsverkündung das Strafmaß „lebenslänglich“ festgelegt. Walter Ulbricht als damaliger Chef der Partei änderte noch vor Prozessöffnung dieses vorgesehene Urteil in „Todesstrafe“. Am 27. Juni 1955 entschied das Gericht dann auch auf Todesstrafe für Wiebach. Gnadengesuche der Eltern blieben ohne Erfolg. Bezeichnend für den Unrechtsstaat ist, dass selbst der Abschiedsbrief Teil der Akten des MfS wurde, ohne dass die Eltern Joachim Wiebachs ihn je erhalten hatten. Die Benachrichtigung über die Vollstreckung

des Urteils am 14. 9. 1955 erreichte die Eltern erst zwei Monate später. Sie hatten im Oktober 1955, als ihr Sohn bereits tot war, noch zwei Mal um Gnade für ihren Sohn gebeten.

Das zweite Beispiel soll an die insgesamt 1008 Menschen erinnern, die im Zusammenhang mit der Grenze und der Mauer völlig sinnlos gestorben sind. Unter den Opfern der Grenze befanden sich auch 40 Kinder und Jugendliche, unter ihnen der 15-jährige Heiko Runge, der am 8. 12. 1979 die Grenze bei Sorge/Harz durchbrechen wollte, nach 25 Schuss Dauerfeuer vom Grenzzaun zurück in Richtung DDR lief und dabei von hinten erschossen wurde. Zwei weitere Kinder aus Ost-Berlin fanden am 14. 3. 1966 den Tod im Kugelhagel an der Grenze in Treptow. Als Todesursache wurde den Eltern vom MfS ein Unfall durch Ertrinken bzw. durch Stromschlag mitgeteilt, nachdem die Kindesleichen sofort eingäschert worden waren.

Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist eine große Aufgabe, zu der die BStU einen wesentlichen Beitrag leistet. Neben dieser Behörde wurden noch andere Einrichtungen und Archive gegründet wie z. B. die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und die „Havemann-Gesellschaft“. Da die BStU eine Vorreiterrolle bei der Aufarbeitung von Unterlagen der Staatssicherheit einnahm, suchten andere ehemalige sozialistische Staaten den Erfahrungsaustausch. Gesellschaften können nur dann erfolgreich bestehen, wenn Mut, Entschlossenheit und Zivilcourage ohne Nachlassen in die Waagschale geworfen werden.